

Vor der Reform der Reform

Die Unzufriedenheit mit der neuen Rechtschreibung wächst. Immer mehr Ministerpräsidenten wollen das Thema neu aufrollen

Berlin - Christian Wulff ist überrascht. Die Post, die stapelweise sein Büro erreicht, enthielt bisher meist bittere Beschwerden über das Sparpaket, das der CDU-Ministerpräsident den Niedersachsen zumutet. Doch seit Wulff die Rücknahme der Rechtschreibreform fordert, gebe es mehr und mehr Fanbriefe im Posteingang, frohlockt sein Regierungssprecher Olaf Glaeseker. "Die Rechtschreibreform war von Beginn an abwegig, und jetzt wissen wir: Sie ist gescheitert", sagte Wulff dieser Zeitung.

Damit steht er nicht mehr allein: Fünf Länderchefs wollen die Reform reformieren. Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller feuerte die Diskussion an: "Die Reform ist eine Mißgeburt, die von den Menschen nicht akzeptiert wird und auf den Prüfstand gehört." Am Donnerstag schloß sich Wolfgang Böhmer an, der das kleine Sachsen-Anhalt regiert: "Da ich die neue Rechtschreibung nie akzeptiert und praktiziert habe, brauche ich zur alten gar nicht zurückzukehren." CSU-Chef Edmund Stoiber hat als amtierender Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) das Thema auf die Tagesordnung des nächsten Treffens im September gesetzt. Stoiber gehört zu den erklärten Gegnern der Reform.

Viel hängt nun von der Haltung des Schwergewichts Baden-Württemberg ab. Lange galt es als sicher, daß Ministerpräsident Erwin Teufel aus Rücksicht auf seine Kultusministerin Annette Schavan - eine Befürworterin der neuen Rechtschreiberegeln - gegen eine Reform der Reform plädieren würde. Doch jetzt ändert er vorsichtig den Kurs: Er wolle den Beratungen der Ministerpräsidenten nicht vorgreifen, aber daß bei der Rechtschreibreform in vielen Fällen übers Ziel hinausgeschossen wurde, sei offensichtlich.

Gewicht bekommt die Kritik der fünf Ministerpräsidenten dadurch, daß in ihren Bundesländern 42 Prozent der Deutschen leben. "Wir wollen eine parteiübergreifende Bewegung auslösen, um bis auf wenige Ausnahmen zur alten Rechtschreibung zurückzukehren", benennt Christian Wulff das Ziel.

Auf einmal erscheint es möglich, daß die Ministerpräsidenten ihren Kultusministern in den Rücken fallen. Die hatte erst Anfang Juni beschlossen, daß die Rechtschreibreform am 1. August 2005 mit einigen Änderungen verbindlich wird. Dann läuft die Übergangsfrist aus, in der alte und neue Schreibweise parallel gelten.

Die Gegner der Rechtschreibreform sind zwar erstarkt. Doch sie haben noch viele Widerstände zu überwinden. Noch sind die Befürworter der neuen Schreibregeln in den Staatskanzleien in der Mehrheit. Hessens Roland Koch beschied kühl, es gebe keinen Bedarf für Veränderung. Dieter Althaus aus Thüringen hält eine Kehrtwende für "sinnlos, weil seit 1998 alle Schüler nach der neuen Rechtschreibung lernen" und auch der Sachse Georg Milbradt ist dagegen: "In den Schulen, Verwaltungen und auch Firmen mühen sich alle seit sechs Jahren, die neue Rechtschreibung zu lernen und zu schreiben. Wenn wir jetzt zur alten zurückkehren, wäre die Verwirrung komplett." Außerdem habe Deutschland derzeit andere Sorgen als die Rechtschreibreform.

Ähnlich argumentieren die sozialdemokratischen Regierungschefs: "Diesen Sack machen wir nicht mehr auf", meint Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis. Es gebe "keine Reform der Reform" sekundiert Berlins Bürgermeister Klaus Wowereit. Und sein Bremer

Kollege Henning Scherf meint, "es macht wenig Sinn, nun zu kommandieren: zurück, marsch, marsch! Alles auf Anfang". Kurt Beck aus Rheinland-Pfalz wirft Wulff, Stoiber und Müller "verantwortungslosen und puren Populismus" vor. Ein Zurückdrehen der Reform würde 250 Millionen Euro kosten.

Die Anhänger der neuen Rechtschreibung geraten allerdings unter Druck: Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid ergab, daß 77 Prozent der Deutschen die neuen Schreibweisen auch sechs Jahre nach ihrer Einführung immer noch ablehnen. Nur 21 Prozent haben sich mit ihr angefreundet. Mit der parteilosen Kulturstaatsministerin im Kanzleramt Christina Weiss forderte erstmals ein Mitglied der Bundesregierung die Ministerpräsidenten auf, die Reform zu überarbeiten: Es sei gut, "wenn sich alle Regierungschefs der Bundesländer in dieser wichtigen Frage erneut zusammensetzen, um unsinnige Neuerungen wie die verwirrende Getrennschreibung rückgängig zu machen". Es sei ein Fehler, neue Schreibregeln gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen. Zuvor hatte Innenminister Otto Schily (SPD) Sympathie für den Vorstoß Wulffs erkennen lassen. Die Chefin des Bildungsausschusses des Bundestags, Ulrike Flach (FDP), ist froh, "daß Wulff gemerkt hat, welchen Unfug die Kultusminister mit der Reform angerichtet haben". Unterstützung bekommt die Gegenreform von prominenten Schriftstellern: Martin Walser lästerte: "Die Idee dieser Reform wurde aus bürokratischem Müßiggang geboren." Er boykottiere die neuen Regeln. Ähnlich denkt Adolf Muschg.

Fachleute erwarten sich einiges von der Ministerpräsidentenkonferenz im September: "Ich bin froh, daß sich jetzt die Chefs darum kümmern und hoffe, jetzt endlich Klarheit zu bekommen", sagt Josef Kraus, Vorsitzender des Deutschen Lehrerverbandes. "Die Kultusminister haben das ja nicht so recht in den Griff gekriegt." Kraus bemängelt, der Grundfehler der Reform sei, daß sie rein pädagogisch orientiert sei. "Es wurde bei der Reform nicht an den Leser gedacht, sonder nur an den Schreiber." Die Schüler würden auch nicht weniger Fehler machen. Die neue s-Schreibung sei zwar in sich stimmig, logisch und besser als die alte, jetzt würden die Schüler aber häufig alle "ß" durch "ss" ersetzen und "Strasse" schreiben. "Es gibt großen Nachbesserungsbedarf."

Den haben auch viele derjenigen Politiker, die nun an der Reform festhalten wollen. Bremens Bürgermeister Scherf schreibt persönlich 'Jogurt' immer noch fröhlich mit 'h' und 'Ketschup' ohne 's'. Wenn jemand den Ehrgeiz haben sollte, sich mit dem Rotstift über meine Briefe zu beugen - ich wünsche viel Vergnügen." *Krü*

Artikel erschienen in der WELT-online am 25. Juli 2004